ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

Extra
August 2021

Guten Tag!

Wenn am 26. September die Bundestagswahl stattfindet möchte man doch gerne wissen, wie sich die zur Auswahl stehenden Parteien die Zukunft vorstellen, und was sie zu den existenziellen Fragen vorschlagen oder beizutragen gedenken. Doch die aussichtsreichen Parteien, die schon jetzt die Abgeordnetenplätze besetzen, bleiben weitgehend bedeckt.

Die Fragen:

- Wer soll die hohen Kosten, die aus den Corona-Maßnahmen entstanden sind, bezahlen? Wird die Mehrwertsteuer angehoben und die breite Mehrheit zur Kasse gebeten oder wird endlich die Vermögenssteuer wieder aktiviert und die Reichen, die Profiteure der Krise, an den Kosten beteiligt?
- Die Altersarmut nimmt zu, weil das Rentenniveau abgesenkt wurde oder die Menschen bei steigendem Renteneintrittsalter nicht mehr durchhalten können und vorzeitig ausscheiden müssen. Was sagen die Etablierten dazu? Werden sie die Rentenkassen stärken und entlasten oder setzen sie auf Privatisierungen zugunsten von Allianz und Co?
- Die Armut nimmt immer schärfere Formen an, die Tafeln werden in unserem reichen Land zur Überlebensfrage. 20 Prozent der Kinder wachsen in armen Verhältnissen auf und verlieren ihre Zukunftschancen. Überlässt man diesen Bevölkerungsteil sich selbst und seinen Problemen?

- Unser Gesundheitssystem war vorbildlich, wenn auch nicht perfekt. Doch seit man aus allen gesellschaftlichen Bereichen Profite schlagen will, geht es mit dieser Versorgung bergab. Krankenhausschließungen, sogar während Corona, haben sich durchgesetzt und sind erst der Anfang. Wir, die wir durch unsere Arbeit und unsere Steuern den Staat finanzieren, haben doch Anspruch darauf zu erfahren, welche Lösungen die Parteien parat haben?
- Mit Umwelt- und Klimakrise werden wir, wenn wir sie nicht selbst wahrnehmen, fast täglich in den Medien konfrontiert. Aktuell haben uns die sintflutartigen Regenfälle unvorstellbare Zerstörungen und viele Todesopfer beschert, aber die profitgesteuerte herrschende Klasse lehnt grundlegende Veränderungen ab. Die Parteien sprechen zwar davon, aber außer Elektroauto und CO 2-Steuer fehlen die Konzepte. Nichts weiß man, nur, dass es teurer wird!
- Während die Probleme in atemberaubendem Tempo auf uns zu kommen und die Frage der Finanzierung im Raum steht, ist für Rüstungsprojekte anscheinend kein Limit gesetzt. Statt vertrauensbildender Maßnahmen, besonders mit Russland, aber auch mit China, geht man auf Aufrüstung, Feindbildung und Konfrontation. Statt europäische Sicherheitspolitik zu verfolgen, unterwirft sich Deutschland den US-Interessen. In der Frage Krieg oder Frieden sollte man schon genau hinschauen, wer uns wohin führt.

Sollten uns die Parteien dennoch großzügige Versprechungen machen, so ist erfahrungsgemäß damit zu rechnen, dass diese nach der Wahl schnell wieder in Vergessenheit geraten.

Die etablierten Parteien sind den Banken und Konzernen bzw. den Eigentümern des großen Kapitals verpflichtet und werden sich kaum für unsere Interessen einsetzen, wenn wir sie nicht dazu zwingen. Alle sozialen Errungenschaften mussten erkämpft werden und blieben so lange bestehen, wie der Sozialismus der DDR bestand. Wir waren das Schaufenster für unsere Brüder und Schwestern im Osten. Seit nunmehr 30 Jahren braucht das Großkapital darauf keine Rücksicht mehr zu nehmen.

R. Weber

Kaltes Parteiverbot?

Am 8. Juli wurde vermeldet, dass der Bundeswahlleiter der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) den Antritt zur Bundestagswahl verwehren bzw. ihr den Status als politische Partei aberkennen will. Als Begründung dient die verspätete Abgabe von Rechenschaftsberichten.
Dazu erklärt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP:
„Was hier versucht wird, das ist ein kaltes Parteiverbot. Damit kennen wir Kommunistinnen und Kommunisten uns aus. 1933 wurde die kommunistische Partei von den Faschisten zerschlagen, 1956 von der Adenauer-Justiz die KPD verboten. Groß muss die Angst vor uns sein, dass dies nun im Jahr 2021 mit bürokratischen Mitteln erfolgen soll.
Natürlich werden wir alle Rechtsmittel einlegen. Wir sind sicher, dass dieser Versuch uns kalt zu verbieten scheitern wird.
Die Aberkennung des Parteistatus wäre der Versuch, unsere Partei in den finanziellen Ruin zu treiben“.

Dieser Versuch reiht sich ein in die Angriffe gegen linke Organisationen und richtete sich bisher gegen attac, Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der Antifaschisten VVN, Rote Hilfe oder die sozialistische Tageszeitung „Junge Welt“. Mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit oder der Nennung in den Verfassungsschutz-berichten wird versucht fortschrittliche Organisationen zu ruinieren.
Auch die massive Polizeigewalt gegen Demonstranten mit FDJ-Fahnen auf der Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar ist Ausdruck dieses Grundrechteabbaus.
Dieser Versuch dient der zunehmenden Kriminalisierung und Verleumdung linker Organisationen und wird während der Corona-Pandemie zu Demokratie- und Sozialabbau genutzt.
Hier geht es nicht nur um den Wahlantritt der Kommunisten, deshalb rufen wir alle demokratischen Kräfte auf diesem Versuch eines kalten Parteiverbots entgegenzutreten“.
Wir schätzen ein, dass wir als ein bedeutender Störfaktor bei der Militarisierung und Aufrüstung wahrgenommen werden. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien stehen wir konsequent für:
Frieden mit Russland und China!
Peter Jochen Bosse

Wahlprogramm der DKP zu den Bundestagswahlen 2021

DKP wählen und aktiv werden! Gegen die Macht der Banken und Konzerne Für die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land.
Gegen Krieg und Hochrüstung.
Für Frieden mit Russland und China.

Peter Jochen Bosse kandidiert zu den Bundestagswahlen auf der Hessischen Landesliste für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

- Runter mit der Rüstung – Das Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit
- Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gestoppt werden.
- Stoppt das Bomberprogramm der Bundesregierung
- Deutschland muss raus aus der NATO
- Die US-Atombomben müssen raus aus Deutschland
- Büchel dicht machen,
- Schließung aller Einrichtungen des US-Militärs und der NATO
- Schluss mit den Sanktionen durch USA, EU und BRD
- Für antiimperialistische Solidarität!

Unsere Zeit-Zeitung der DKP

Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!
Die Print- und Online-Ausgabe gratis. Das 6-Wochen-Probe-Abo endet natürlich automatisch. Dabei entstehen für Sie keine weiteren Verpflichtungen!

CommPress Verlag GmbH , Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Telefon: 0201 177889-15 E-Mail: abo@unsere-zeit.de

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de